

In Österreich gehören Femizide, also Frauen\*morde, zur traurigen Realität. Im EU-Vergleich ist man Spitzenreiter, was die Anzahl der weiblichen\* Opfer bei Morden betrifft: 2020 waren 31 Frauen\* unter insgesamt 43 Mordopfern, bis Ende Oktober 2021 wurden mutmaßlich bereits 23 Frauen\*morde verübt. Die Ausübung von Gewalt folgt dabei einem vom Geschlecht abhängigen Muster - Gewalt an Frauen\* wird zu etwa 91% von Männern aus ihrem direkten Umfeld ausgeübt. Frauen\*morde stellen jedoch nur die Spitze des Eisbergs der strukturellen Gewalt an Frauen\*dar-insgesamt sind 20% aller Frauen\* ab dem 15. Lebensjahr von häuslicher Gewalt betroffen. Für eine effektive Gewaltprävention braucht es neben der Auflösung der männlichen Gewalttätigkeit auch die Befreiung der Frau\* auf allen Ebenen. Die Kampagne "Wer ist die\* Nächste? - Frauen\*morde stoppen!" der Solidarität will nicht nur gegen Gewalt an Frauen\* und insbesondere Frauen\*morde mobil machen, sondern auch die Politik zum Handeln zwingen.

## **WIR FORDERN DAHER:**

Behördenkultur des Wegschauens beenden: In vielen Behörden, insbesondere in der Polizei und der Justiz, fehlt es an einem sensiblen Umgang mit Gewalt an Frauen\*, wodurch oftmals weggeschaut wird und Berichte von Frauen\* über häusliche Gewalt nicht ernst genommen werden. Diese Behördenkultur des Wegschauens ist eng mit der fehlenden gesellschaftlichen Gleichstellung von Frauen\* verbunden, welche dazu führt, dass Gewalt an Frauen\* gesellschaftlich bagatellisiert und nicht als strukturelles Problem begriffen wird. Wir fordern daher eine Sensibilisierung der Behörden im Umgang mit Gewalt an Frauen\* durch eine verbesserte Ausbildung innerhalb der Polizei und Justiz sowie eine schnelle, einheitliche und opferschutzorientierte Vorgehensweise bei gefährdeten Frauen\*, die sich hilfesuchend an die Behörden wenden!

Bessere Zusammenarbeit zwischen den Institutionen: Frauen\*morde bauen sich in den meisten Fällen über eine lange Zeit hinweg auf und sind oft das Resultat einer langen Geschichte der Gewalt. Im Zuge dessen kommt es auch zu Kontakten mit verschiedenen Institutionen, beispielsweise im Gesundheitsbereich, mit der Polizei und Justiz sowie Opferschutzeinrichtungen, ohne jedoch dass diese effizient und rasch miteinander kommunizieren und so abgestimmte Schutzmaßnahmen für die gefährdeten Personen eingeleitet werden können. Um Gewalt

gegen Frauen\* und Frauenmorden vorzubeugen, fordern wir daher institutionsübergreifende Fallkonferenzen in Hochrisikofällen sowie ein klar strukturiertes Konzept für eine funktionierende behördenübergreifende Kooperation und Koordination, die flächendeckende Umsetzung von Opferschutzeinrichtungen in Spitälern sowie eine bessere institutionelle Zusammenarbeit!

Mehr Mittel für Opferschutzeinrichtungen: Opferschutzeinrichtungen spielen eine zentrale Rolle im Gewaltschutz und dienen nicht nur als erste Anlaufstelle für betroffene und gefährdete Frauen\*, sondern auch als geschützter Raum, in dem Erfahrungen aufund verarbeitet werden können. Allerdings wurden die Mittel für Opferschutzeinrichtungen im Laufe der letzten Jahre kaum erhöht, in einigen Bereichen, wie etwa der Frauen\*häuser, kam es sogar zu einer Kürzung des Budgets bzw. zur Schließung von einzelnen Einrichtungen. Wir fordern daher eine Erhöhung und klare Zuteilung des Budgets für Opferschutzeinrichtungen, insbesondere im ländlichen Bereich, die Erhöhung der Basisförderung von Gewaltschutzeinrichtungen, sowie die Erhaltung und den Ausbau von Unterstützungsmaßnahmen!

Ökonomische Unabhängigkeit von Frauen\* fördern: Viele Frauen\* befinden sich aufgrund von Lohnunterschieden und vorherrschenden gesellschaftlichen Gendernormen in ökonomischer Abhängigkeit zu ihrem Partner. Diese Situation führt dazu, dass sich gefährdete Frauen\* trotz Gewaltandrohung oder -ausübung nicht von ihrem Partner trennen, da diese Partnerschaft nicht nur eine aktuelle Absicherung, sondern auch eine Zukunftsvorsorge darstellt. Wir fordern daher eine Abschaffung der patriarchalen Strukturen, die Aufwertung von "Frauenberufen", gleichen Lohn für gleiche Arbeit sowie eine flächendeckende und ganztägige Kinderbetreuung, um die ökonomische Unabhängigkeit von Frauen\* voranzutreiben!

Mehr und verbesserte Täter- sowie Präventionsarbeit: Frauen\*morde finden meist in Momenten der größten männlichen Krise statt, d.h. in Situationen, in denen sich beispielsweise Frauen\* von ihren Partnern trennen möchte oder er Einfluss auf die Frau\*, und dadurch Kontrolle über sie\*, verliert. Aus diesem Grund braucht es ausreichende Maßnahmen, um rechtzeitig zu intervenieren und es Frauen\* zu ermöglichen, sicher die Gewaltbeziehung zu verlassen. Wir fordern daher eine engmaschigere und verpflichtende Arbeit mit Tätern und Gefährdern, eine akkurate und frühe Gefährlichkeitseinschätzungen der Gefährder, sowie Personenschutz der gefährdeten Frauen\* und Kinder! Darüber hinaus bedarf es auch ausreichender Präventionsarbeit, einem kulturellen Wandel bezogen auf die gesellschaftlichen Normen von Männlichkeit, sowie die Schaffung eines Bewusstseins darüber, wie Gewalt an Frauen\* generell und Frauen\*morde im Spezifischen entstehen!

Die Kampagne "Wer ist die Nächste? - Frauen\*morde stoppen!" der Solidarität verfolgt daher vier **Ziele:** Erstens wollen wir auf dieses wichtige Thema auch abseits von Anlassfällen aufmerksam machen; zweitens die strukturellen Hintergründe zu Frauen\*morden offenlegen; drittens Handlungsempfehlungen für politische Entscheidungsträger\*innen liefern und viertens mit einer breiten Basis von Verbündeten aus Zivilgesellschaft und Politik Druck auf die Regierung ausüben.

Die Kampagne gegen Femizide läuft von **November 2021 bis März 2022** und beinhaltet neben der inhaltlichen Aufbereitung des Themas auch eine Petition mit unseren Forderungen, eine Veranstaltungsreihe, Unterlagen und Materialien für Anträge und Aktionen.

